

Antrag Nr. 15-O-12-0007

SPD-Fraktion

Betreff:

Grundschulkinderbetreuung; unterschiedliche Kostenbelastung beim Mittagessen

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat (Dezernat V/Amt 40) wird an die noch ausstehende abschließende Stellungnahme zum Antrag des OBR vom Dezember 2013 gebeten, wonach zukünftig auf die Berechnung zusätzlicher Verwaltungskosten verzichtet werden sollte.

Begründung:

Bereits mit Beschluss-Nr. 0086 vom 10.12.2013 hatten wir auf die nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigte unterschiedliche Kostenfestsetzung bei der Ausgabe von Mittagessen für die Grundschulkinder durch die beiden Träger (BGS, Förderverein) hingewiesen. Weiterhin hatten wir beantragt, zukünftig auf die Erhebung zusätzlicher Verwaltungskostenbeiträge zu verzichten.

In dem Zwischenbescheid des Schuldezernates vom 03.03.2014 wurde dieser Sachverhalt bestätigt und eine Neuregelung als notwendig erachtet. Es wurde mitgeteilt, dass das Schulamt einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorlegen werde.

Auch wenn damit verständlicherweise nicht kurzfristig zu rechnen war, sollte doch nach fast 12 Monaten eine etwas konkretere, möglichst positive Stellungnahme möglich sein.

Wiesbaden, 15.01.2015

Reinhold
Fraktionssprecher